

Aktuelle Debatte

Die Linke an der Regierung

Kontinuitäten und Brüche in der Peripherie

Joachim Becker

In den letzten Jahren ist es in Lateinamerika in vielen Ländern zu einer Linkswende gekommen. Diese hat nicht nur in Westeuropa (vgl. z. B. Boris/Tittor 2005, Berger/Gabriel 2007), sondern beispielsweise auch in der Türkei (vgl. Cidamlı 2006, Duman 2006) erhebliche Aufmerksamkeit gefunden. Das Phänomen ist aber nicht auf Lateinamerika beschränkt. Im Südlichen Afrika gewannen aus der nationalen Befreiungsbewegung hervorgegangene Parteien bereits Anfang der 90er Jahre die Wahlen. Ihre Dilemmata und inneren Debatten haben bereits einige der Erfahrungen Lateinamerikas vorweg genommen. Und auch in Asien gibt einige signifikante Veränderungen. In Indien kann die Kongress-Partei nur mit Hilfe der Linken regieren und machte dieser einige Zugeständnisse in der Regierungspolitik. In Nepal haben zivile bürgerliche und linke Parteien sowie die maoistische Guerrilla den Einfluss des absolutistisch agierenden Herrscherhauses eingedämmt und eine neue Verfassungsordnung eingeleitet. Es gibt also eine Vielfalt von Veränderungen in der Peripherie.

Linke Parteien und PräsidentInnen sind aus verschiedenen Konstellationen heraus an die Regierung gekommen. Im Südlichen Afrika gewannen der African National Congress (ANC) in Südafrika und die South West African People's Organisation (SWAPO) in Namibia in der ersten Hälfte der 90er Jahre die ersten Wahlen nach der politischen Befreiung. Sie konnten hierbei das Prestige aus dem Befreiungskampf in die Waagschale werfen, aber die benachteiligten Bevölkerungsmehrheiten erwarteten von ihnen auch eine deutliche materielle Besserstellung. In Lateinamerika zog die Bevölkerung in den Wahlen die Konsequenz aus zwei »verlorenen Dekaden«. Die Neoliberalen vermochten ihre Konsumversprechen nicht zu erfüllen. Vielfach führte ihre Politik zur Verschlechterung der Lebensbedingungen für relevante Gesellschaftssektoren, die Unsicherheit der Lebensverhältnisse betraf zunehmend auch die Mittelklasse, von der sich ein Teil der Linken zuwandte. Das Maß der Diskreditierung der alten Ordnung war sehr unterschiedlich. In Venezuela, Bolivien und Ecuador war sie sehr weit vorangeschritten. Venezuela zeichnete sich durch eine besonders drastische Verschlechterung der sozialen Lage aus, während in Bolivien und Ecuador die große Gruppe der Indígenas die Kombination von Ausgrenzung und Verelendung immer weniger hinnahm. In Venezuela stieß Hugo Chávez, ein Militär, in Verbindung mit Sektoren der Linken in das Machtvakuum. In der Konfrontation mit putschfreudigen Bourgeoisiefractionen erstarkten soziale Bewegungen, die für die Fortsetzung des Veränderungskurses mobilisierten. In Bolivien und Ecuador waren soziale Bewegungen für einige Zeit in der Lage, entweder missliebige Präsidenten

aus dem Amt zu jagen oder zumindest deren Wirken zu behindern, doch dauerte es, bis aus ihnen heraus auch eine politische Alternative entstand. Diese präsentiert sich mit dem *Movimiento al Socialismo* (MAS) von Evo Morales in Bolivien solider als die Allianzen um Rafael Correa in Ecuador. In Argentinien erzwang die soziale Mobilisierung zwar eine Veränderung der Wirtschaftspolitik, doch brachten die sozialen Bewegungen keine politische Alternative hervor. Dies ermöglichte eine Restauration der peronistischen Machtnetzwerke, die allerdings eine gegenüber den 90er Jahren einen veränderten Machtblock repräsentierten und Neuakzentuierungen in verschiedenen Bereichen vornahmen. In Brasilien und Uruguay fand die Unzufriedenheit mit der (neo-)liberalen Politik der 90er Jahre vor allem Ausdruck im Wahlverhalten. In Brasilien wurde mit Inácio Lula da Silva, dem Kandidaten der *Partido dos Trabalhadores* (PT), erstmals ein früherer Arbeiter zum Präsidenten gewählt. In Uruguay gewann die Linke erstmals in der Geschichte des Landes die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. In Chile wurde mit Michelle Bachelet als Kandidatin eines stark liberal eingefärbten Mitte-Links-Bündnisses erstmals eine Frau zur Präsidentin gewählt.

Entsprechend unterschiedlich ist auch das Verhältnis der (Mitte-)Links-Regierungen zu den sozialen Bewegungen. Deren Druck ist vor allem in Bolivien – und schon mit Abstrichen in Ecuador – recht stark. Hier verdankt die Linke in erheblichem Maß der früheren sozialen Mobilisierung ihre Wahlsiege. Besonders stark sind in beiden Ländern auch die politischen Widerstände seitens der Rechten – im Fall Boliviens mit starken Zügen eines gegen die Indígenas gerichteten Rassismus. Die Regierung Chávez musste sich Putschversuchen und aggressiven Aktionen der politischen Rechten erwehren und mobilisierte hierbei die Bevölkerung der Armutsviertel. In Argentinien kooptierte die Regierung über ihre Wachstums- und klientelistische Sozialpolitik Teile der sozialen Bewegungen und drängte deren militanteren Sektoren an den Rand. In Brasilien und Uruguay, aber auch in Südafrika ist der Druck von unten nicht sehr stark. Das Verhältnis der Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen zu den dortigen (Mitte-)Links-Regierungen ist ambivalent. Einerseits geht es um langjährige Bündnisbeziehungen und haben sie verbesserten Zugang zu Regierungsstellen, andererseits gehen ihnen die Veränderungen nicht weit genug. In Chile haben vor allem die SchülerInnen, aber auch Teile der Gewerkschaften begonnen über aktive Mobilisierung von der Regierung Bachelet die Einlösung ihrer sozialen Versprechungen einzufordern. Bei allen Variationen zeichnet sich das Verhältnis der (Mitte-)Links-Regierungen zu den sozialen Bewegungen durch Spannungen aus (vgl. Piñeiro 2006).

Im Fällen hoher sozialer Polarisierung und einer weitgehenden Diskreditierung der alten politischen Ordnung versuchen die Linksregierungen durch Veränderungen des politischen Systems ihre Spielräume dauerhaft zu erweitern. Das Vorbild ist hier Venezuela. Chávez verlegte sich hier auf eine ganz andere Taktik als die Regierung der *Unidad Popular* in Chile 1970 – 73. Die *Unidad Popular* ging radikale wirtschaftliche und soziale Veränderungen im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung an. Chávez setzte im ersten Schritt auf die Schaffung einer neuen Verfassungsordnung, tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen erfolgten erst im zweiten Schritt (Maringoni 2004). Machtpolitisch erwies sich diese Taktik als erfolgreich. Morales und Correa kopierten sie in Bolivien und Ecuador, allerdings mit sehr offenem Ausgang. In den Fällen einer fester etablierten politischen Ordnung

bewegen sich die Mitte-Links-Regierungen hingegen grundsätzlich im bestehenden Verfassungsrahmen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der (Mitte-)Links-Regierungen ist durch unterschiedliche Mischungen von Kontinuitäten und Brüchen geprägt. Am stärksten sind die Brüche in öl- und gas-produzierenden Ländern mit einer hohen sozialen Polarisierung, also Venezuela, Bolivien und Ecuador. Hier geht es prioritär um die (Wieder-)Herstellung staatlicher Kontrolle und höherer Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft. So sollen Mittel zu Verbesserung der sozialen Lage erschlossen werden. In Südafrika, Brasilien oder Uruguay ist das Kapital in einer politischer solideren Position. In diesen Ländern verfügen Finanzkapitalinteressen über gute Verbindungen zu Sektoren der (Mitte-)Links-Regierungen und – im Rahmen eines liberalisierten Kapitalverkehrs – auch über Pressionsmöglichkeiten. ANC und PT haben nicht einmal versucht, über Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheiten die Position des Kapitals zu schwächen. Im Gegenteil: Sie haben die Liberalisierung sogar noch weiter voran getrieben. Ihre Geldpolitik steht in Kontinuität zu den VorgängerInnen (vgl. Becker/Jäger 2007). Allerdings sind sowohl in Südafrika als auch in Brasilien in den letzten Monaten Veränderungen in der wirtschaftspolitischen Programmatik zu erkennen. Der Staat soll eine stärker entwicklungsinitiiierende Rolle bekommen (Schwank in diesem Heft, Siscú 2007). Allerdings sind Hochzinspolitik und im Fall Südafrika ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit erkennbare Grenzen einer solchen Neuorientierung. Auch ist der Staatsapparat nicht ohne weiteres in der Lage, die politischen Prioritätensetzungen umzusetzen (Southall 2007). Besonders auffällig ist diese Grenze im Fall Argentiniens, wo der Entwicklungsstaat über fast 30 Jahre systematisch zerstört worden ist (Sidicaro 2002). Industriepolitik ist hier kaum möglich. Dies dürfte auch einer der Hauptgründe sein, warum sich die Regierung Kirchner im Wesentlichen auf makro-ökonomische Politiken bei der Stimulierung des Wachstums stützt. Zu beachten ist auch, dass in vielen Ländern die wirtschaftspolitischen Wünsche der WählerInnenschaft der Mitte-Links-Parteien ambivalent sind. Oftmals hängen sie an Elementen der ultra-liberalen Wirtschaftspolitik wie überbewerteten Währungen, Teil-Dollarisierung und billigen Importen, ohne aber deren Konsequenzen wie Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Finanzkrisen tragen zu wollen. Widerstände gegen eine Radikalisierung der Wirtschaftspolitik gibt es also in der sozialen Basis der (Mitte-)Links-Regierung selbst. Aber auch durch das Auslandskapital, westliche Regierungen und internationale Organisationen sehen sie sich in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Die militärische Interventionsfähigkeit der USA gegen missliebige lateinamerikanische Regierungen ist allerdings derzeit durch deren starkes militärisches Engagement in Westasien sehr eingeschränkt.

Zentral für die Legitimitätsgewinnung der (Mitte-)Links-Regierungen ist die Ausweitung und Systematisierung der Sozialpolitik. Während Venezuelas Regierung vor allem die soziale Infrastruktur ausgebaut hat, spielen Einkommenstransfers an die ärmste Bevölkerung in Argentinien, Brasilien und Uruguay eine zentrale Rolle. In der Fokussierung auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen und in den monetären Transfers ist eine Kontinuität zu den (neo-)liberalen VorgängerInnen zu sehen (vgl. Becker/Jäger 2007). Allerdings ist diese Politik nun systematischer, werden Ansätze einer sozialen StaatsbürgerInnenschaft geschaffen. Am ehesten ist ein universeller Anspruch auf soziale Absicherung derzeit wohl in Uruguay und in Südafrika zu erkennen.

Einige der Kontinuitäten und Brüche, welche die Regierungspolitik der (Mitte-) Links-Regierung in der Peripherie auszeichnet, möchten wir im Debattenteil vermessen. Oliver Schwank setzt sich mit dem Konzept der Nationaldemokratischen Revolution des ANC in Südafrika auseinander, das ein Zwei-Phasen-Modell der Transformation – zuerst Erringung der politischen Macht, später dann soziale und wirtschaftliche Veränderungen – beinhaltet. Den Möglichkeiten der Linken im ANC sowie der ANC-Allianzpartner SACP (South African Communist Party) und Cosatu (Congress of South African Trade Unions), in diesem Kontext progressive wirtschafts- und sozialpolitische Änderungen anzustoßen, geht Schwank in seinem Beitrag nach. Die südafrikanischen Spannungen und Debatten der 90er Jahre finden sich im heutigen Lateinamerika wieder. Dieter Boris skizziert Gemeinsamkeiten und Unterschiede der (Mitte-)Links-Regierungen in Lateinamerika und zieht eine Zwischenbilanz ihrer Regierungstätigkeit. Nicht nur die Mitte-Links-Regierungen, sondern auch die sozialen Bewegungen Lateinamerikas werden vielfach als Hoffnungsträger wahrgenommen. Zu diesen Hoffnungsträgern gehörten vor einigen Jahren auch die Arbeitslosenbewegungen – die Piqueteros – in Argentinien. Zuletzt ist es um sie still geworden. Katharina Muhr spürt ihren verschiedenen Strömungen nach der Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach. Diese bewegen sich zwischen Kooptierung durch den Peronismus und politischer Marginalisierung. Licht und Schatten liegen eng bei einander.

Literatur

- Becker, J./ Jäger, J. (2007) Wirtschaftspolitische Entwicklungstrends in Lateinamerika: Ende des Neoliberalismus? In: *Intervention*, 4(1), S. 58-66
- Berger, H./ Gabriel, L. (Hg.) (2007) *Lateinamerika im Aufbruch: Soziale Bewegungen machen Politik*. Wien
- Boris, D./ Schmatz, S./ Tittor, A. (Hg.) (2005) *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg
- Cidamlı, Ç. (2006) Ezinler ve siyaset: yeni bir tarihin başlagancında. In: *Praksis*, Nr. 14, S. 17-28
- Duman, A. (2006) 2006: Latin Amerikanın yılı. In: *Birikim*, Nr. 203, S. 30-34
- Maringoni, G. (2004) *A Venezuela que se inventa. Poder, petróleo e intrigas nos tempos de Chávez*. São Paulo
- Piñeiro, D. (2006) *Relación entre sistema político y sociedad civil: aportes para un análisis de coyuntura*. In: da Cruz, J. (Hg.) *Democracias en desconfianza. Ensayos en sociedad civil y política en América Latina*. Montevideo, S. 183-201
- Sidicaro, R. (2002) *La crisis del Estado y los actores políticos y socioeconómicos en la Argentina (1989 – 2001)*. Buenos Aires
- Siscú, J. (2007) *Após 4 anos, governo tenta mudar o rumo*. In: *Carta Maior*, 19.2. (www.cartamaior.uol.com.br)
- Southall, R. (2007) *Introduction: The ANC state, more dysfunctional than developmental?* In: Buhlungu, S. et al. (Hg.) *State of the Nation: South Africa 2007*. Cape Town, 1-24